

INFO AKTUELL

+ + + *Deine DPoIG Hamburg informiert* + + +

DPoIG: Senat zeigt Hamburgs Beamtinnen und Beamten den Mittelfinger!!!

Keine neue Besoldungsordnung A – Senat will Flickschusterei fortsetzen, legt eine „senatsangemessene“ Alimentation vor, spielt weiter auf Zeit und provoziert vor-sätzlich immer weitere Klagen! – NOlympia – ohne Wenn und Aber!

Der Hamburger Senat und die ihn tragenden Parteien, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, ha-ben den Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung für die Jahre 2026 bis 2028 vorgelegt. Der Entwurf enthält zudem Anpassungen zur amtsangemessenen Alimentation (aA) oder das, was der Hamburger Senat vorgibt dafür zu halten.

Das Tarifergebnis wird, wie bereits öffentlich zugesagt und bekannt, zeit- und wirkungsgleich für die Beamtinnen und Beamten übernommen. Die Besoldung steigt rückwirkend zum 1.4.2026 um 2,8 Prozent, zum 1.3.2027 nochmals um zwei Prozent und zum 1.1.2028 um einen weiteren Pro-zentpunkt.

Was dann laut Gesetzentwurf folgt sind „very bad news“ aus dem Senatsgehege und eine zyni-sche Verhöhnung der berechtigten und vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Grundsatz be-stätigten, jahrelangen Forderungen der hamburgischen Beamtinnen und Beamten zur amtsange-messenen Alimentation! An Schäbigkeit kaum zu überbieten!

Es ist nicht der zu oft zitierte „Schlag ins Gesicht“, weit gefehlt, es ist der hemmungslose „Genickschlag“ des rot-grünen Senats für die „eigenen“ Leute. Der Arbeitgeber Stadt Ham-burg zeigt den Landesbeamtinnen und -beamten sowie den über 8.100 Klägerinnen und Klä-gern und den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern auf die harte Tour, was der Dienstherr von ihnen hält: Nichts!

- **Was hat der Senat vor und was soll Rot/Grün in der Hamburgischen Bürgerschaft kommentarlos abnicken?**

Der Senat will die Angleichungszulage reanimieren und mit einer jährlichen, nicht ruhegehaltstfä-higen 27,5-Prozent-Zulage eines durchschnittlichen Monatseinkommens die Amtsangemessenheit der Besoldung herstellen – Pensionäre, die über Jahrzehnte den Kopf hingehalten haben, gehen leer aus! Der gerade eingeführte und faktisch kaum zur Anwendung gelangte Besoldungsergän-zungszuschuss wird abgeschafft. Ebenso wird der Familienzuschlag für das dritte und jedes wei-tere Kind wieder (deutlich) gesenkt. Die vom Personalamt anerkannten Ansprüche hinsichtlich der amtsangemessenen Alimentation für die Jahre 2011 und 2012 sollen mit lächerlichen Sonderzah-lungen von 17,5 Prozent bzw. 30 Prozent eines durchschnittlichen Monatseinkommens abgegolten werden.

Fazit: Das Personalamt hat den Senatsauftrag vollumfänglich erfüllt und einen Entwurf zur Amtsangemessenheit der Besoldung vorgelegt der dem Senat gefällt, Verbesserungen si-muliert und ganz besonders wichtig – auf Zeit spielt und weitere Klagen bewusst in Kauf nimmt! Solange der Hamburger Senat nicht vom Bundesverfassungsgericht rechtlich gezwungen wird, eine verfassungsgemäße Besoldung für die Beamt-innen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger vorzule-gen, wird nichts Wesentliches passieren!



Dazu DPoIG-Landesvorsitzender Thomas Jungfer: „Der vom Senat vorgelegte Entwurf zur amtsangemessenen Alimentation ist eine Unverschämtheit gegenüber allen Landesbeamtinnen und -beamten, ob noch im aktiven Dienst oder bereits im Ruhestand. Anstatt die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Anlass zu nehmen und wie der Bund oder Schleswig-Holstein, eine neue rechtssichere Besoldungsordnung zu entwickeln, wird weiter auf Zeit gespielt und neue Klagen werden geradezu provoziert.

Seit 2010, also seit mittlerweile 16 Jahren, werden Hamburgs Polizisten, Feuerwehrleute und alle anderen Landesbeamten verfassungswidrig zu niedrig bezahlt. Wer politisch so wie der Senat agiert hat jedes Vertrauen verspielt.

Ich rufe alle stimmberechtigten Hamburger Polizeibesetzten auf, sich beim Referendum gegen eine Olympiabewerbung Hamburgs auszusprechen!

Wer für die eigenen Beamtinnen und Beamten kein Geld hat, Polizistinnen und Polizisten in jahrelange Verwaltungsgerichtsverfahren bis vor das Bundesverfassungsgericht nötigt, um irgendwann das Geld zu erhalten, das den Kolleginnen und Kollegen zusteht, kann nicht auf unsere Unterstützung zählen! NOlympia – ohne Wenn und Aber! Der Senat kann es nicht und sollte aus den Erfahrungen Elbphilharmonie, Elbtower und dem Planungsdesaster um den Ersatz für die Köhlbrandbrücke lernen und die Olympiaträume begraben!“

Der Landesvorstand

Hamburg, 13.05.2026

